

Umwelt-Studie 1999 bescheinigt den Behörden gute Noten

Das Volk will den Umweltschutz

Die Bedeutung des Umweltschutzes hat sich auf hohem Niveau stabilisiert, so das überraschend positive Ergebnis einer repräsentativen Studie des GfS-Forschungsinstitutes in Zürich. Umweltschutz hat sich in den Augen des Souveräns als staatliche Aufgabe etabliert, umweltbewusste Einstellungen und Verhaltensweisen sind in der Schweiz weit verbreitet. Das Vertrauen in die Behörden ist hoch, die behördlichen Umweltaktivitäten werden geschätzt, in einigen Umweltbereichen wird gar noch stärkerer Einsatz der Behörden gewünscht.

Bund, Kanton und Gemeinden erfüllen vielfältige Aufgaben im Umweltschutz. Legitimation und Auftrag dafür sind im Umweltschutzgesetz und einer Reihe anderer Gesetze, Verordnungen und Erlasse (Raumplanungsgesetz, Planungs-

und Baugesetz, Gewässerschutzgesetz usw.) festgeschrieben. Die Behörden setzen sich also im Auftrag der Bevölkerung für den Schutz der Umwelt ein.

Wie jedoch steht es nach Jahren der Rezession mit dem Willen der Stimmberechtigten, die Umwelt zu schützen? Haben Sorgen um Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder Gesundheitssystem und Drogen dazu geführt, dass prioritär die Lösung dieser Probleme vom Staat gefordert wird, Umweltschutz jedoch nicht mehr als wichtige Aufgabe der Behörden gesehen wird?

Die Antwort ist klar nein. Obwohl andere Probleme in den Augen der Bürgerinnen und Bürger an Dringlichkeit gewonnen haben, legt die Bevölkerung

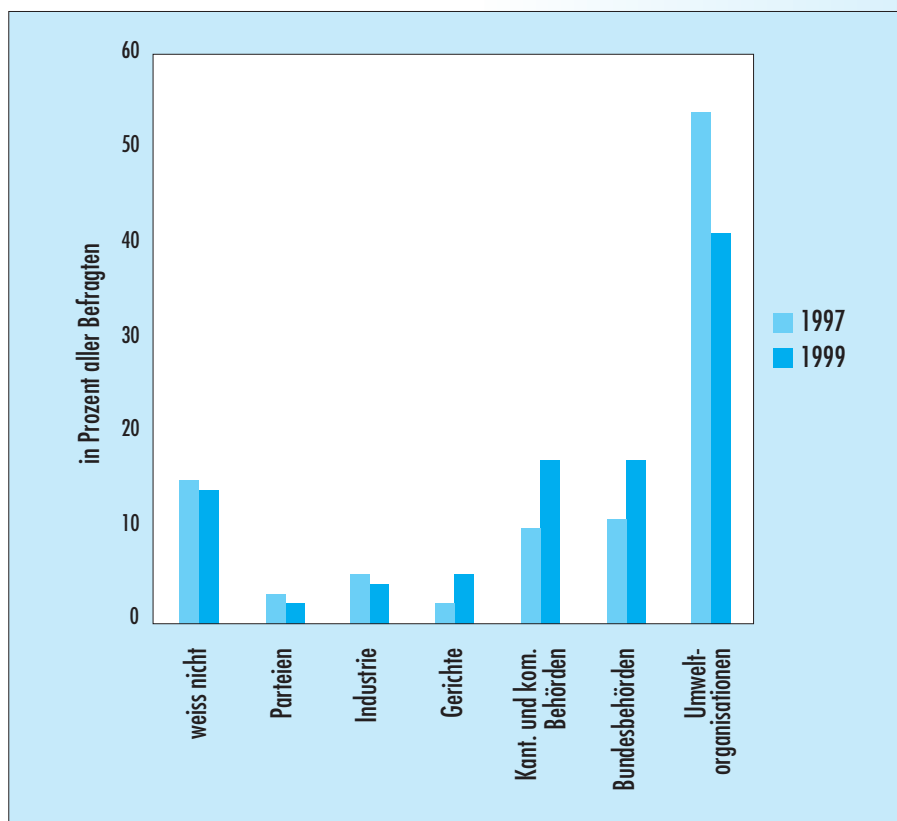
Redaktionelle Verantwortung für diesen Artikel:

Isabel Flynn
 Koordinationsstelle für Umweltschutz
 Redaktion Zürcher Umweltpraxis
 8090 Zürich
 Telefon 01/259 24 18
 E-Mail: isabel.flynn@bd.zh.ch

In Zusammenarbeit mit:

GfS-Forschungsinstitut
Alex Martinovits
 Projektleiter
 «Studie UNIVOX-Umwelt 1999»
 Riedtlistrasse 9
 8006 Zürich
 Telefon: 01/361 51 00
amartinovits@gfs-zh.ch

ALLGEMEINES



Wahl des vertrauenswürdigsten umweltpolitischen Akteurs 1997 und 1999

Quelle: GfS, UNIVOX-Umwelt

weiterhin grossen Wert auf den staatlichen Schutz der Umwelt. Dies geht aus der Studie «UNIVOX-Umwelt 1999» des GfS-Forschungsinstitutes zur Positionierung des Umweltschutzes bei den Schweizer Stimmberechtigten hervor.

Umweltschutz ist Daueraufgabe

Die Studie belegt, dass der Umweltschutz zu einer Daueraufgabe des Staates geworden ist und dem Volkswillen entspricht. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte der Umweltschutz zwar an Bedeutung für die Stimmberechtigten verloren, in der zweiten Hälfte des ausgehenden Jahrzehnts hat sich das Interesse daran jedoch auf hohem Niveau stabilisiert und es gilt: Die Akzeptanz für den Umweltschutz ist bemerkenswerterweise ungebrochen hoch. Dies gilt auch für die Bereitschaft, die finanziellen Anstrengungen für den Umweltschutz aufrecht zu erhalten.

So ist auch eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten (62 Prozent) der Meinung, dass die Politik dem Umweltschutz auf Kosten anderer Aufgaben mehr Gewicht verleihen sollte, 33 Prozent sprachen sich dagegen aus. Für eine solche Umlagerung der Finanzen sprechen sich am deutlichsten Personen aus Haushalten mit einem geringeren Einkommen, die Romands sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der SP und der CVP aus. Bei Sympathisantinnen und Sympathisanten von FDP und SVP kann im Rahmen des statistischen Stichprobenfehlers keine klare Mehrheit für oder gegen eine Umlagerung der Ausgaben abgelesen werden.

Diejenigen Befragten, die zugunsten des Umweltschutzes bei anderen Staatsaufgaben sparen würden, wurden abschliessend gebeten anzugeben, wo für den Umweltschutz gespart werden könnte. Mit Abstand am meisten gewählt wurden die Bereiche Landesverteidigung (von 74 Prozent) und Strassenbau (48 Prozent). Besonders selten genannt wurden die Schulen (3.5 Prozent).

Über die Erwartungen an die Behörden hinaus, findet die umweltbewusste Haltung ihren Niederschlag auch im persönlichen Verhalten: Die Befragten geben an, mehrheitlich Glas vom übrigen Abfall zu trennen, Energiesparlampen

Besorgte Jugendliche

Die Umweltverschmutzung bereitet den Zürcher Jugendlichen Sorgen. Zusammen mit Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Kriminalität liegt sie an der Spitze des Katalogs von Problemen, welche die jungen Menschen im Kanton heute belasten. Das belegt eine repräsentative Studie der Abteilung Sozialpsychologie der Universität Zürich. Dafür wurden im letzten Jahr 733 der 8900 Oberstufenschülerinnen und -schüler zwischen 12 und 17 Jahren befragt.

Das grösste Vertrauen zum Lösen der Probleme setzen die Jugendlichen in die Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen. Politiker dagegen nehmen sich sehr wenige Jugendliche als Vorbild.

Erstaunliches Detail: Die Luftqualität im eigenen Dorf wird oft als besser als die im Nachbardorf empfunden – «Ein Schutzmechanismus», erklärt Studienautor Biagio Salduto. «Die Menschen tendieren dazu, ihre nächste Umgebung positiv verzerrt zu beurteilen.»

zu verwenden und oft Gemüse aus IP-Produktion oder Biolandbau zu kaufen. Erfahrungsgemäss liegen allerdings die subjektiven Angaben der Befragten zum umweltgerechten Verhalten über den objektiven Daten, solchen zum Beispiel, wie sie aus Statistiken der Abfallsammlung hervorgehen.

Störpotenzial von Infrastruktur- und Industrieanlagen

Anhand einer Liste verschiedener Anlagen gaben die Befragten an, welche Anlagen ihrer Meinung nach Anwohner am meisten stören. Ausgewählt werden durften nur zwei der Anlagen. Aus den Antworten kann geschlossen werden, in welchen Fällen die Gegnerschaft eines (Aus)Baus bei den Stimmberechtigten am ehesten auf Verständnis stossen wird. Durch die geplanten zusätzlichen Baustapen für den Flughafen Zürich-Kloten, die Bahn 2000 und weitere grosse Projekte sowie wegen der ungelösten Standortfrage für die Endlagerung von radioaktivem Abfall ist diese Frage nach Meinung der Studienautoren politisch auch für den Kanton Zürich relevant.

Als besonders störend empfunden werden: Flughäfen, Lager von radioaktivem Abfall, Autobahnen, Kernkraftwerke und chemische Fabriken (45 bis 30 Prozent der Nennungen). Ausbauvorhaben solcher Anlagen sind also die wahrscheinlichste Konfliktherde. Vergleichsweise selten genannt wurden hingegen Kehrichtverbrennungsanlagen, stark befahrene Bahnlinien und Hochspannungsleitungen (fünfzehn bis zehn Prozent). Im Vergleich mit 1997, als diese Frage das er-

ste Mal gestellt wurde, haben sich keinerlei signifikante Veränderungen ergeben.

Vertrauen in die Behörden hat zugenommen

Die Bürgerinnen und Bürger stellen den Behörden sehr gute Noten aus: 34 Prozent wählten 1999 kommunale, kantonale und Bundesbehörden zu den vertrauenswürdigsten umweltpolitischen Akteuren. Damit liegen die Behörden nur knapp hinter den Umweltorganisationen (41 Prozent), welche traditionell die höchste Glaubwürdigkeit geniessen.

Bemerkenswert ist, dass die Behörden den Umweltorganisationen gegenüber Boden wettgemacht haben: Das Vertrauen in die Behörden ist in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen, das Vertrauen in Umweltorganisationen, Parteien und Industrie hingegen hat abgenommen. Die Skepsis gegenüber Behörden ist allerdings in der Deutschschweiz – so also auch im Kanton Zürich – grösser als in der Romandie.

Eingreifen der Behörden erwünscht

Nicht nur bezüglich Vertrauen erhalten die Behörden gute Noten. Auch mit dem behördlichem Handeln ist die Bevölkerung im Grossen und Ganzen einverstanden.

Sehr zufrieden sind Bürgerinnen und Bürger betreffend:

- Gewässerschutz
- Lärmbekämpfung
- Natur- und Landschaftsschutz
- Kehrichtabfuhr- und Abfallverwertung.

«(...) In welchen Bereichen müssten die Behörden Ihrer Meinung nach künftig mehr tun, wo handeln sie gerade richtig und wo sollten sie weniger tun?» (in Prozent der Befragten)



Meinungen zum Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes

Quelle: GfS, UNIVOX-Umwelt

In gewissen Umweltbereichen besteht jedoch der Wunsch nach stärkerem Eingreifen der Behörden. So fordern die befragten Stimmbürger mehr Aktivität bei:

- Verringerung schädlicher Abgase
- Verringerung von Risiken wie radioaktiver Strahlung und Gentechnologie
- Energiesparen
- Schutz vor Klimaveränderungen und
- Schutz des Bodens vor Schadstoffen.

Bei sämtlichen Umweltbereichen fand nur ein verschwindend kleiner Anteil der Befragten, dass die öffentliche Politik weniger tun sollte. Noch am grössten war dieser Anteil beim Schutz vor der Gentechnologie, wo sich aber immer noch nur sieben Prozent für weniger staatliche Eingriffe aussprachen (gegenüber rund 55 Prozent für vermehrte Eingriffe).

Insgesamt lassen sich diese Resultate wie folgt interpretieren: Die Stimmberechtigten sind beinahe geschlossen für behördliche Eingriffe zugunsten des Umweltschutzes. Die Romands sind noch stärker für zusätzliche Eingriffe als die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer, was nach Ansicht der Autoren der Studie eher an einem anderen Verhältnis zum Staat und zur Haushaltssanierung liegt als an einem ausgeprägteren Umweltbewusstsein.

Ein stärkeres Eingreifen der Behörden wünschen sich die Stimmberechtigten einerseits bei der Verringerung von Risiken, von denen die Einzelnen direkt betroffen sein könnten (Abgase, radioaktive Strahlung und Gentechnologie), andererseits aber auch für das immer noch populäre Energiesparen. Weniger zusätzlicher Handlungsbedarf wird bei der bereits stark regulierten Abfallverwertung sowie den natur- und landschaftsschützerischen Themen gesehen.

Wie bereits in den Vorjahren lassen sich die Antworten aus den vier Fragen zu einem Index aufaddieren. Insgesamt haben die technik- und industrieskeptischen Einstellungen 1999 im Vergleich zum Vorjahr in der Romandie signifikant zugenommen, in der Deutschschweiz bewegt sich die Veränderung hingegen innerhalb des statistischen Stichprobenfehlers.

Weiter grosse Techniksepsis

Seit 1986 erhebt UNIVOX-Umwelt regelmässig, welche Einstellungen die Stimmberechtigten in der Romandie und der Deutschschweiz zur Rolle der Technik und Industrie für die Lösung von Umweltproblemen einnehmen (sog. Postmaterialismus-Index).

Dazu werden den Befragten viermal zwei Aussagen vorgelegt, wobei die eine eher ausdrückt, dass Technik oder Industrie den Zustand der Umwelt verschlechtern und die andere, dass sie das nicht täten oder sogar zu einer Verbesserung beitragen würden. Die vier zu bewertenden Aussagen lauten:

- «Die Risiken der Kernenergie sind nicht tragbar.»
- «Rohstoffknappheit bedingt Lebensstandardeinschränkungen.»
- «Die moderne Industriegesellschaft missbraucht die Natur in gefährlicher Art und Weise.»
- «Grundsätzliche gesellschaftliche Änderungen sind wichtiger als neue Techniken.»

Die Aussage «Die moderne Industriegesellschaft missbraucht die Natur in gefährlicher Art und Weise» erhält auch 1999 die vergleichsweise stärkste Zustimmung. 76 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage mehr oder weniger stark zu. Die Zustimmung ist insgesamt in der Deutschschweiz höher, allerdings stimmt in beiden Landesteilen eine deutliche Mehrheit der Aussage zu.

Insgesamt lässt sich zweierlei festhalten: Die Stimmberechtigten in der Deutschschweiz und der Romandie sind immer noch mehrheitlich eher technik- und industrieskeptisch. In der Romandie haben die kritischen Stimmen zur Kernenergie im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Gestiegen ist auch der Anteil jener, die finden, dass in der Zukunft wohl der Lebensstandard gesenkt werden müsse.

Insgesamt lässt sich zweierlei festhalten: Die Stimmberechtigten in der Deutschschweiz und der Romandie sind immer noch mehrheitlich eher technik- und industrieskeptisch. In der Romandie haben die kritischen Stimmen zur Kernenergie im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Gestiegen ist auch der Anteil jener, die finden, dass in der Zukunft wohl der Lebensstandard gesenkt werden müsse.

Das GfS-Forschungsinstitut

Das GfS-Forschungsinstitut ist eines der grossen Schweizer Marktforschungsinstitute auf den Gebieten der angewandten Politik-, Marketing- und Sozialforschung. Bekannte Studien sind: die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge, das UNIVOX-Forschungsprogramm und das Europa-, Angst- und Sorgenbarometer Schweiz. Die Studien werden in Kooperationen mit Spezialistinnen und Spezialisten verschiedener schweizerischer Universitäten erarbeitet.

Teil des UNIVOX-Forschungsprogramms ist die regelmässig durchgeführte «Studie UNIVOX-Umwelt», welche die Positionierung des Umweltschutzes bei den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern ermittelt: «Umweltschutz: Politische Prioritäten, persönliche Einstellungen und Verhaltensweisen der Stimmberechtigten». (Autor: Kurt Bisang, Verantwortlicher: Prof. Dr. Peter Knöpfel, Projektleiter: Alex Martinovits.)

Die Studie ermittelt

- den Grad der Unterstützung des Umweltschutzes bei den Stimmberechtigten,
- die Prioritäten in der Umweltpolitik, und
- Veränderungen im Vergleich zu den letzten Jahren bezüglich Technikskepsis und umweltbewusstem Handeln.

Die ausführliche Studie kann beim GfS-Institut bezogen werden. Da sich die Forschung jedoch über den Verkaufserlös der Studien finanziert, ist der Verkaufspreis recht hoch.

GfS-Forschungsinstitut Büro Zürich:

Riedtlistrasse 9
8006 Zürich
Telefon: 01/361 51 00
gfs@gfs-zh.ch,
amartinovits@gfs-zh.ch
<http://www.gfs.ch>

Umweltschutz ist alltäglich geworden

Das Fazit der Studie ist: Die Stimmberechtigten fordern ein Engagement der Behörden im Umweltschutz.

Seit Ende der 80er Jahre hat der Umfang der Forderungen nach zusätzlichen Staatseingriffen zwar abgenommen – 1986 hatten noch 85 Prozent der Stimmberechtigten gefordert, den Umweltschutz auf Kosten anderer Staatsaufgaben aufzuwerten, in der jetzigen Studie nur noch 62 Prozent. Auch dies ist jedoch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung.

Die Studie hat also gezeigt: Umweltschutz ist zu einer etablierten Staatsaufgabe geworden. Er ist nichts besonderes mehr, sondern eine alltägliche Querschnittsaufgabe des Gemeinwesens, und genau so scheinen es auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu sehen.